

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 2

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Wir Schweizer gegen alle?

Ein Jahr nach der Strassburger Rede Delors', in welcher der Präsident der EG-Kommission zu neuen Formen der Integrationspolitik und insbesondere zu einem Ausbau der EFTA aufgerufen hatte, beginnt nun hierzulande — man ist versucht zu sagen: endlich — auch die öffentliche Diskussion ernsthaft anzulaufen. Dabei werden auseinanderdriftende bis gegensätzliche Positionen bezogen, was normal ist. Teilweise geschieht dies aber auf Grund eines eher schmalen Informationsstandes, was angesichts der unbestreitbar hohen Bedeutung der Integrationspolitik für die weitere Zukunft unseres Landes bedauerlich, ja beunruhigend ist.

In diesem Zusammenhang wird dem Bundesrat vorgeworfen, er habe in den letzten Monaten für die Aufklärung der Bevölkerung zu wenig getan. Sollte dies der Fall gewesen sein, so wäre das eine geradezu unverzeihliche Unterlassungssünde. Wie sah es aber wirklich aus? Ein Blick in die Zeitungsarchive ergibt eindeutig, dass der generelle Informationsfluss kaum je Lücken aufwies. Von der Delors-Rede am 17. Januar über die EFTA-Konferenz vom März in Oslo und das anschliessende Treffen der EG- und EFTA-Minister in Brüssel bis hin zur nachfolgenden, mehrmonatigen «Dialogphase» auf Chefbeamtenebene ist alles recht detailliert dokumentiert.

Der Bundesrat seinerseits verschwieg nichts — aber er machte auch keine besonderen Anstrengungen, um die Öffentlichkeit sozusagen wachzurütteln. Zuvor wurde über einzelne

Ministertreffen «normal» informiert; doch einigermassen «hart» zur Sache wurde erst am letzten Tag der Dezembersession im Rahmen einer kurzen aussenpolitischen Debatte gesprochen — also praktisch am Vorabend der gemeinsamen Sitzung von EG- und EFTA-Ministerrat, die am 19. Dezember in Brüssel stattfand, und an der nicht nur die Bilanz aus den Expertengesprächen gezogen, sondern auch über das weitere Vorgehen und den Zeitplan entschieden wurde.

Die offizielle Informationspolitik stützte sich in den letzten Monaten also offensichtlich auf die an sich unbestreitbare Tatsache ab, dass die bisherigen Verhandlungen rein informell-konsultativer Art gewesen sind. Und diese Evaluation läuft noch einige Monate weiter. Am 19. Dezember wurde nur über eines verbindlich entschieden: Nach Abschluss der «Dialogphase», etwa gegen Mitte Jahr, soll sofort mit den konkreten Verhandlungen begonnen werden. Das vor allem von seiten der EG vorgelegte Tempo hängt damit zusammen, dass die Verträge über den «Europäischen Wirtschaftsraum», der ja bekanntlich als eine Art Klammerfunktion zwischen EG und EFTA gedacht ist, möglichst auch auf den 1. Januar 1993, den Stichtag des «Binnenmarkt 92»-Programms der EG, in Kraft gesetzt werden sollten.

Hat es also mit der Informationspolitik des Bundesrats seine volle Richtigkeit? Das wäre dann eindeutig der Fall, wenn in der Konsultationsphase noch nichts präjudiziert würde, und wenn

ausserdem das spätere, konkrete Verhandlungsergebnis wirklich schlicht angenommen oder abgelehnt werden könnte. Rein formell gibt es auch dieses Fragezeichen nicht: Unser Land wird völkerrechtlich bis zum definitiven Ja oder Nein der Stimmbürger in seinen Beschlüssen vollständig frei sein. Doch ist das auch faktisch so?

Es ist wohl das Hauptcharakteristikum der gegenwärtigen Situation, dass es auf diese direkte Frage keine ebenso direkte Antwort gibt. Dazu ist ganz einfach noch zuviel im Fluss. Eben jetzt sind ja die Experten daran, jenen Korridor des politisch und technisch Möglichen herauszudestillieren, der aus dem «*Acquis communautaire*», das heisst aus dem schon bestehenden Regelwerk der EG, in die neue Dachorganisation übernommen werden könnte. Je nach der «Breite» dieses Korridors wird der neue EWR mehr oder weniger existentiell für die Mitglieder sein und auch mehr oder weniger grosse Rückkopplungen auf die Rechts- und Wirtschaftsordnung der EFTA-Staaten haben.

In bezug auf die Kompetenzen der neuen Organe des EWR und damit auf die allfällige Beschneidung nationaler Entscheidungsbefugnisse ist die Lage ähnlich. Hier steht vor allem die Frage im Zentrum, ob die EFTA-Staaten künftige EG-Beschlüsse mit Wirkung auch auf den EWR mitbestimmen oder nur nachvollziehen können.

Doch in gewissem Sinn ist dies eine trügerische Offenheit. Am 17. Januar 1990, also genau ein Jahr nach seiner Strassburger Programmrede, hat Delors nachgefasst und dabei ziemlich unverblümt zu verstehen gegeben, dass es nach seiner Ansicht kein eigentliches Mitentscheidungsrecht der EFTA geben könne. Hier kündigen sich also

für die Schweiz drohende Gewitterwolken an, weil sie mit ihren akzentuierten politischen Vorbehalten ziemlich allein steht. Denn selbst innerhalb der EFTA-Staaten hält sich das «Mit-Leid» in Grenzen, weil die Partnerländer der Schweiz keine so sensiblen politischen Strukturen haben, und weil sie ausserdem aus wirtschaftlichen Gründen unter viel stärkerem Anpassungsdruck stehen. Das aber kann nur bedeuten, dass sie auch in der «Korridorfrage» ohne Rücksicht auf staatspolitische Aspekte energisch auf maximale und nicht auf optimale Breiten tendieren.

Damit scheint sich für die materiellen Verhandlungsrunden de facto eine Ausgangsbasis abzuzeichnen, die für unser Land mit schweren innenpolitischen Hypotheken belastet sein wird. Der Bundesrat hat das auch signalisiert, fand sich damit aber postwendend den Vorwurf der Schwarzmalerei ein. Die einen glauben, dass die Nachteile einer Isolierung zu sehr dramatisiert werden. Andere wiederum vertreten die Meinung, der Bundesrat sollte unter diesen Umständen zum «Durchmarsch» blasen und die volle EG-Mitgliedschaft ansteuern.

Um bei der zweiten Variante zu beginnen: Diese Option besteht ganz einfach nicht. Vorläufig ist Brüssel nicht für neue Mitglieder zu haben. Das ist ja gerade einer der Gründe, warum die Konzeption des EWR von seiten der EG-Kommission so massiv, um nicht zu sagen brutal vorangetrieben wird. Was aber die Variante «Isolierung» betrifft, so sind wir zwar wirtschaftlich stärker als die anderen EFTA-Staaten. Aber gegenüber dem «320-Millionen-Markt» der EG sind wir halt trotzdem ein Zwerg. Und bei einem reinen Alleingang wäre wohl selbst das unbestritten ausserordentliche Geschick

unserer Unterhändler künftig mehr und mehr überfordert.

Fazit: Man kann es drehen wie man will — es stehen harte Zeiten bevor, in

denen es unerlässlich ist, dass die Dinge wirklich beim Namen genannt und nicht durch Wunschdenken «geschönt» werden.

Richard Reich

Erinnerungen an eine unschöne Vergangenheit

Die Schweiz befindet sich auf dem besten Wege, den Ruf eines *Stabilitätsmusterknaben* einzubüßen. Fünf Prozent Geldentwertung ist für Helvetien keine Kleinigkeit. Sie ruft zweifelhafte Erinnerungen an Verhältnisse wach, wie sie zu Beginn der siebziger und dann wieder, in etwas abgeschwächter Form, der achtziger Jahre zu registrieren waren. Es ist deshalb gewiss nicht überflüssig, wieder einmal daran zu erinnern, was Inflation sowohl für die Wirtschaft wie für den einzelnen bedeutet.

Zuvorderst steht natürlich die *Erosion der realen Kaufkraft* der Geldeinkommen und der Geldvermögen. Nicht alle Einkommen werden sozusagen automatisch ausgeglichen — abgesehen davon, dass die Indexierung der Einkommen ebenfalls ihre Tücken hat. Wer diese Entwicklung mit wachem Anlegerauge verfolgt, wird auch bald einmal zur Einsicht kommen, dass die steigenden Zinssätze die realen Vermögensverluste auf nur höchst bescheidene Weise bzw. überhaupt nicht kompensieren. Ein Zinssatz von $6\frac{1}{2}\%$ etwa lässt bei einer Inflation von 5% den Realzins auf $1\frac{1}{2}\%$ zusammenschmelzen, der vom Staat zudem noch progressiv besteuert wird. Bei negativen Realzinsen findet kein voller Ersatz der in der Inflation versickerten Einkommen

mehr statt. Und die Verrechnungssteuer sorgt zudem noch für eine beträchtliche Verzögerung bei der Verfügbarkeit über diese Einkommensanteile. Inflation provoziert, mit andern Worten, eine *schleichende Einkommensumverteilung*, die niemand in dieser Form gewollt hat. Es gibt Inflationsgewinner und solche, die auf der negativen Seite der Bilanz stehen.

Inflation ist eine heimtückische Krankheit, weil ihre schädlichen Wirkungen erst dann für jedermann offensichtlich werden, wenn sie zu *galoppieren* beginnt. Vorher hat sie die diabolische Eigenschaft, ihre fatale Konsequenzen hinter einem Schleier zu verstecken, der in der Sprache der Ökonomen als *Geldillusion* bezeichnet wird. Wenn eine Mehrheit der Einkommensbezüger und Sparer allerdings den Inflationsbetrug durchschauen, werden sie ihn zu vermeiden suchen, ihre Dispositionen also entsprechend anpassen. Sie diskontieren die *Inflationserwartungen* in ihrem Entscheiden. Die Bekämpfung der Inflation wird in einem solchen Klima nochmals um einiges schwieriger. Dann ist auch der Zeitpunkt gekommen, ab dem die marktwirtschaftlichen Allokationsmechanismen *pathologisch* zu reagieren beginnen. Zudem nimmt die *Wirtschaftspolitik* die Neigung an, mit Fehl-

zündungen zu reagieren, indem sie mehr der Versuchung nachgibt, an den Symptomen herumzukurieren.

Die marktwirtschaftliche Funktionalität ist auf möglichst weitgehende *monetäre Stabilität* angewiesen. Nur unter dieser Bedingung ist sie in der Lage, leistungsbezogene Ergebnisse zu liefern. Verlässt sie den Stabilitätspfad, so schlüpft sie gleichzeitig in das Gewand eines Betrügers. An diese Zusammenhänge ist zu erinnern, weil Inflation im Anfangsstadium nicht

zuletzt von jenen, die profitieren, in Verkennung ihres wahren Charakters als «lässige» Sünde wider den Geist eines konsequenten und konsistenten Ordnungsdenkens bezeichnet wird. Im Zentrum der Inflationsbekämpfung steht die Nationalbank. In ihrem nicht leichten Kampf um mehr Stabilität verdient sie die Unterstützung, und zwar auch dann, wenn die Massnahmen, die sie ergreifen muss, nicht überall auf eitel Freude stossen.

Willy Linder

Gorbatschows Bedrängnis

Der Führer des Sowjetreichs ist gleichzeitig Staatschef, Parlamentspräsident und Generalsekretär der all-sowjetischen Kommunistischen Partei, in der vor dem Austritt der Litauischen Partei alle Republiken mit Ausnahme der russischen — die keine gesonderte Existenz hat — vertreten waren. Er fuhr nach Litauen, um mit den dortigen Politikern, aber auch mit dem Volk zu sprechen. Am Fernsehen war mitzuerleben, dass ein älterer Arbeiter, den er ansprach, an die nach Sibirien deportierten Litauer erinnerte. Da wurde der Besucher böse — aber es bleibt, dass er sich solchen Episoden ausgesetzt hat, und dass er nach der Rückkehr nicht versuchte, einen Erfolg seiner Reise glaubhaft zu machen. Sogar für einzelne Republiken der UdSSR sieht Gorbatschow im Entstehen von Mehrparteienregimes kein Unglück, geschweige denn ein Verbrechen und eine vom Westen gelenkte Verschwörung. Zwar nennt Gorbatschow die

nationalen Regungen Störfälle der Perestroika, als handle es sich nicht um deren natürliche Folgen, doch wer kann bestreiten, dass seine Politik nicht nur einen anderen Stil hat, sondern auch eine andere Substanz?

Der zum Bürgerkrieg eskalierende Hass zwischen islamischen Aserbis und christlichen Armeniern, der sich vor allem an einer armenischen Enklave entzündet, ist nicht typisch für ein kommunistisches System. Eher ist an Nordirland, an die Basken und andere unabsehbar lange Konflikte zu denken. Anders verhält es sich mit den baltischen Republiken, die reif zur Demokratie sind und in einer auch im Zeichen der Perestroika von Moskau bestimmten Wirtschaft einen Übelstand und eine Fessel sehen. Noch werden europäische Ferngespräche nach Riga oder Wilna über Moskau geleitet . . .

Wenn der einstige «Ostblock» des Warschauer Paktes sich von den herr-

schenden kommunistischen Parteien friedlich — in Rumänien blutig — abgekehrt hat, so hat Gorbatschow diesen Bruch nicht nur geschehen lassen, sondern dazu beigetragen. Die Mutmassungen über sowjetische Ermüdungen des Aufstands gegen Ceausescu — diesen peinlichen und monströsen «Sonderfall» — sind nicht von der Hand zu weisen. Mit Iliescu stand ein zuverlässiger neuer Mann bereit; ihm huldigt bereits die Presse in devotesten Formen, während Mazilu, der an die Weltöffentlichkeit appelliert hatte und verfolgt wurde, mit Enthüllungen diffamiert wird, die von der Securitate stammen müssen.

Auch hier ist jedoch viel Hoffnung auf Offenheit, aber wenn Männer des vergangenen Regimes sich nunmehr Antikommunisten nennen, so täuscht das die wenigsten. In Polen sind die Minister der Solidanosz weniger entschieden für die Marktwirtschaft als die Kommunisten, die beinahe auf Mrs. Thatcher schwören. Die Wahrung von möglichst viel Macht zählt für sie mehr als die jeweiligen Programme.

In der DDR ist vorläufig die SED die einzige gut ausgestattete und organisierte Partei. Das Anprangern einzelner Fälle von Selbstbedienung, Privilegien und Korruption gab den in dieser Hinsicht nicht belasteten SED-Politkern der zweiten Garnitur, wie Modrow und Gysi, Chancen — als habe der massive Exodus mit Verfehlungen einzelner und nicht mit einem repressiven Obrigkeitensregime zu tun gehabt. Auch hier bleiben die Chancen demokratischer Parteien gross, doch der Raum zwischen SED-Staat und faktischer deutscher Verschmelzung, unter welcher Form auch immer, ist geschrumpft.

Ein Aufenthalt in Budapest ergab dem Schreibenden eine weniger opti-

mistische Sicht, als er gehofft hatte. Die Spannungen zwischen den bisherigen Gegnern der Diktatur gehen weit. Die Frage, ob der Weg zu einem demokratischen Staat, der die Wirtschaftsreformen durchführen und einen neuen rechtlichen Rahmen schafft, nicht unnötig formalistisch verlängert wird, darf gestellt werden. Mit der Öffnung wird unter anderem die Not der Dozenten und Studenten ihnen selber deutlicher bewusst als bisher — sie betrifft sowohl die arg beengten Verhältnisse als auch die Qualität der Lehrtätigkeit. Viele Dozenten wurden nach politischen Kriterien ernannt.

Ist die neue Freiheit in diesem Mittel- und Osteuropa unumkehrbar? Werden die baltischen Völker zu diesem Europa gehören dürfen?

Harte Massnahmen innerhalb der Sowjetunion würden im Westen im Gegensatz zu Interventionen in Osteuropa einiges Verständnis finden. Niemand will hier den mindesten Anschein der Teilnahme an einer Zerschlagung der sowjetischen Föderation geben. Daher wären die Reaktionen gemischt. Doch Gorbatschow hat sich ganz mit Reformen verbunden und damit in der nicht-kommunistischen Welt jenes Ansehen und Vertrauen gefunden, das ihm die Sowjetbürger, auch die Russen, weithin versagen. Eine Abkehr seiner Politik ohne Sturz des Mannes, mit dem sie verbunden ist, können wir uns schwer vorstellen. Doch ist die enge Verbindung zwischen konservativen Kommunisten wie Ligatschow und der extremistischen Bewegung Pamyat ein neuer Faktor. Liberalismus kann unvolkstümlich sein, genau wie nötige aber einschneidende Massnahmen im Bereich der bisher subventionierten Preise. Man kann grundsätzlich für tie-

fere Reformen sein aber anders reagieren, wenn man ihre Lasten trägt.

Die sowjetischen Teilnehmer von Rang an der europäischen Kulturkonferenz des «Centre Culturel Européen», die im Dezember in Lausanne stattfand, brauchten durchwegs das Wort «perestrojka» wie eine Beschwörungsformel, und als sei das ein neues wundervolles System und nicht eine Reihe von Massnahmen, die nicht durchwegs ineinander greifen — was die Franzosen «bricolage» nennen und die Engländer positiver «piecemeal reforms».

Hinter Gorbatschow — und «hinter» kann in mehr als einem Sinn, auch in der Zeitenfolge verstanden werden — steht eine qualitativ ständig modernisierte Armee. Die ist während der bisherigen Sowjeterrschaft noch nie erkennbar ein Machtfaktor gewesen, kann es aber werden. Sie allein hat ja die Ausschreitungen der Aserbis gegen die Armenier gebremst. Gorbatschows Beweglichkeit und Selbstvertrauen sindstaunenswert, doch wie es um seine Popularität, den Rückhalt in seinem Kraftzentrum Russland steht, weiß vorläufig niemand.

François Bondy

